

Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des
Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin).

Mit illustrierter Monatsbeilage „Gärtnerei-Fachblatt“.

Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint
wöchentlich jeden
Sonnabend.

Jährlich
52 Nummern.

Abonnements
nehmen alle Post-
anstalten entgegen.
Preis vierteljährlich
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:
Berlin N. 37, Metzger Straße No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionsschluß:
Jeden Dienstag Morgen.

Weibliche Gärtnerlehrlinge?

I.

Die Hauptverwaltung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins erhielt am 3. Januar ds. Js. vom „Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau“ (Büro: Maria Lischnewska, Berlin W. 30, Martin Lutherstr. 16) ein Zirkularschreiben folgenden Inhalts:

„Berlin, Januar 1910.

Dem Vorstand der Gärtner macht der ergebend unterzeichnete Vorstand des Verbandes für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau die Mitteilung, daß er die Absicht hat, am 1. April 1910

weibliche Lehrlinge im Gärtner-Gewerbe mit ordnungsgemäßer Lehrzeit gemäß §§ 126 bis 128 der Reichsgewerbe-Ordnung einzustellen.

Da es sich um einen neuen, bahnbrechenden Schritt handelt, so können Mißverständnisse und Widerstand nicht ausbleiben.

Aufs tiefste aber müßten wir es beklagen wenn von den organisierten Gehilfen Ihres Gewerbes den jungen Mädchen, welche in die Lehre treten, unfreundlich begegnet würden.

Den Töchtern gebildeter Stände sind seit dem Jahre 1908 alle Universitäts-Studien freigegeben. Die Töchter des Arbeiter- und Mittelstandes aber entbehren der Möglichkeit, sich zu gelerntem Berufs-Arbeiterinnen auszubilden und bessere Löhne zu erringen.

Erst dann, wenn sie das erreicht haben, werden sie für den gelernten Arbeiter nicht zu Lohnrückern werden. Wir sprechen daher Ihrer Vereinigung die dringende Bitte aus, unter Ihren Mitgliedern dahin wirken zu wollen, daß der einen neuen Arbeitsweg beschreitenden Frau ohne Unfreundlichkeit begegnet wird und sehen einer geneigten Antwort baldigst entgegen.

Mit ausgezeichnetem Hochachtung ergebenst

Der Vorstand

des Verbandes für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau.
Maria Lischnewska, I. Vorsitzende.“

Die in diesem Anschreiben aufgerollte Angelegenheit läßt sich nicht mit ein paar Worten abtun. Wie schon der Name des anscheinenden Verbandes erkennen läßt, handelt es sich in der Sache um ein allgemeines Unternehmen, das sich (wohl mit einigen Ausnahmen) auf alle Gebiete des Erwerbslebens in Industrie, Handel und Handwerk erstreckt. Am 10. Oktober 1909 tagte im Rathause zu Charlottenburg eine Konferenz geladener Vertreter, die sich mit der Frage der handwerksmäßigen und fachgewerblichen Ausbildung der Frau beschäftigte und die einige Tage später die Gründung dieses Verbandes im Gefolge hatte. Die regelmäßigen Leser des „Correspondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ (das Blatt geht ja regelmäßig den sämtlichen Verwaltungs-

stellen unsrer Organisation zu) sind durch einen in Nr. 42 des betreffenden Blattes vom vorigen Jahre enthaltenen Bericht schon des näheren unterrichtet. Wir wollen aber das wesentliche daraus hier wiedergeben.

Die Konferenz war von einem Konsortium bürgerlicher Sozialpolitiker, die sich um die „Soziale Praxis“ scharen und sich in der „Gesellschaft für soziale Reform“ einen Mittelpunkt geschaffen haben, vorbereitet. Einge-laden waren auch die verschiedenen Gewerkschaftsgruppen. Die Generalkommission der Gewerkschaften nahm gern die Gelegenheit wahr, ihre Stellung zur Sache klarzulegen. — Maria Lischnewska wies in ihrer Eröffnungssprache auf die jüngst veröffentlichten Ergebnisse der deutschen Berufs- und Gewerbe-zählung hin, die ein gewaltiges Anwachsen der weiblichen Erwerbsarbeit außer Zweifel stellen. Leider verrichte die Frau aber vielfach nur Kuliarbeit in der Industrie zu den niedrigsten Löhnen, weil sie keine ausreichende Ausbildung erhalte. Diese Ausbildung der Frau zu fördern, solle die Aufgabe des Werkes sein, das aus der Tagung hervorgehen werde.

Es wurden dann drei Referate gehalten. Dr. Marie Baum legte zunächst dar, daß in der deutschen Industrie auf einen ungelerten männlichen Arbeiter $2\frac{1}{2}$ gelernte entfallen, dagegen auf eine ungelernete nur eine gelernte Arbeiterin. In Wirklichkeit sei das Verhältnis weit krasser; denn neun Zehntel der „gelernten“ Arbeiterinnen sind in der Textil-, Bekleidungs- und Tabakindustrie beschäftigt, deren „gelernte“ Arbeit keinerlei Keime der Fortentwicklung erkennen lasse. Es handle sich da mehr um öde, tote Gelegenheitsarbeit. Eine Mittelschicht der gelernten Maschinenarbeiter sei bei den Arbeiterinnen unbekannt. Zahlreiche Berufe könnten der Frau erschlossen werden. Man müsse die Arbeiterinnen mit Maschinenkenntnissen ausrüsten, damit sie in der Welt der Maschine heimisch werden. Eine Zunahme der ungelerten Frauenarbeit schädige vor allem die künftigen Generationen, denn ungelernete Arbeiterinnen können selten gute Mütter werden. Sie erliegen der Hoffnungslosigkeit und erman-geldes Willens zur Organisation. Daher habe der Organisationsgedanke in den Arbeiterinnenkreisen so wenig Wurzel schlagen können.

Der Handwerkskammersyndikus Dr. Röhl suchte vor allem das Handwerk für die gelernte Frauenarbeit zu interessieren. Die

Zahl der weiblichen Lehrlinge, Gehilfen und Meister im Handwerk nehme von Jahr zu Jahr zu, und eine tüchtige Ausbildung des weiblichen Handwerkernachwuchses sei notwendig. Nicht darum handle es sich, den Frauen das Handwerk zu öffnen, sondern einen Ström zu regulieren, der über das Handwerk sonst ungehindert hereinbricht.

An dritter Stelle begründete Fräulein Klara Mleineck (Berlin) die vom vorbereitenden Ausschuß vorgelegten Thesen, betreffend „Praktische Maßnahmen“. Sie berichtete über die zustimmenden Erklärungen der Handwerkskammern, betonte sehr stark den Wert einer guten handwerksmäßigen Ausbildung und trat für die Ausdehnung der Innungs-aufsicht bezüglich des Lehrlingswesens auf weitere Berufe und Industrien, sowie vor allem für die Einbeziehung der weiblichen Schneiderei, Wäschnäherei und Putzmacherei in die Handwerksorganisation ein. Daneben forderte sie das Obligatorium des Fortbildungsschulbesuchs für alle gelernten und ungelerten Arbeiterinnen sowie Zulassung der Mädchen zu den gewerblichen Fachschulen für Knaben.

In der Debatte über diese Vorträge legte Frau Dr. Heuß die Stellung Naumanns (Pfarrer a. D.), der durch Krankheit an der Teilnahme verhindert war, zu den erörterten Fragen dar. Daraus ging hervor, daß Naumann sich für die industrielle Arbeiterin wenig Nutzen von der handwerksmäßigen Ausbildung verspricht. Man könne doch unmöglich das Rad der Entwicklung zurückdrehen. Das Hauptgewicht solle vielmehr auf die fachgewerbliche Ausbildung und auf die obligatorische Fortbildungsschule gelegt werden. Mehrere Vertreter von Handwerkerkreisen warnten vor der Schaffung einer neuen Konkurrenz für die Männer. Die Frau gehöre ins Haus. Gegen diese Auffassung protestierte ein Handwerkskammervertreter aus Stettin im Namen von 16 Handwerkskammern. Dagegen vertrat ein Vertreter der Industrie den Standpunkt, daß die ungelernete Frauenarbeit nicht einzudämmen sei. Ein Verband, der dies wolle, werde zum Fluch der Nation werden. Die Vertreterin der christlichen Gewerkschaften, Fräulein Behm, hatte es leicht, diese Herren unter Beifall der Versammlung abzuführen. Auch sie vertrat die Meinung, daß die Frau ins Handwerk gehöre.

Unsre Gewerkschaftsvertreter erkann-ten an, daß ein möglichst hohes Maß beruflichen Könnens und

Wissens für alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts notwendig sei, und daß dies die bessere Verwertung der Arbeitskraft erleichtere. Eine brauchbare Ausbildung sei indes nicht im Handwerk zu erwarten, das nur eine veraltete, von der modernen Industrialisierung der Volkswirtschaft weit überholte Technik repräsentiere. Die moderne Industrie stelle Arbeiter und Angestellte einem ganz anders gearteten Produktions- und Verwaltungsapparat gegenüber, dessen Kenntnis die Handwerkslehre nicht vermitteln könne. In der Schuhmacherwerkstatt ausgebildete Mädchen haben von den dort erworbenen Kenntnissen herzlich wenig Nutzen, wenn sie in eine neuzeitlich eingerichtete Schuhfabrik eintreten, die selbst in Fassons und Ausstattung ihrer Produkte den Handwerksbetrieb weit hinter sich zurücklasse. Nicht anders verhalte es sich mit der Klempnerei als Lehrstufe der Blechwarenfabrik und mit der Schlosserei als Vorstufe der Metallwarenfabrik. Auch dränge der Wettbewerb mit der Großindustrie den Handwerksmeister zur möglichsten Ausnutzung der Lehrlinge. Zahlreiche junge Leute hängen ihren erlernten Beruf an den Nagel und gehen zu ungelerten Berufen über; weil sie mit den handwerksmäßig erworbenen Kenntnissen in der modernen Industrie nichts anfangen können. Da hieße es gradezu, die Zahl der verfehlten Existenzen vermehren, wollte man dem Handwerk einen Strom neuer Lehrlinge zuführen. Dazu seien uns auch die Mädchen zu schade. Eine bessere fachgewerbliche Ausbildung sei notwendig, aber diese sei anderswo als im Handwerk zu suchen, in Werkstätten, die auf der Höhe der Technik stehen. Wir wollen nicht auf Kosten der weiblichen Jugend eine neue Art Handwerksrettung in Szene setzen. Wir verwerfen auch jede Ausdehnung der Handwerks-Zwangsorganisation und des Lehrlingsmonopols, sowie der Machtbefugnisse der Handwerkskammern. Die deutschen Gewerkschaften treten für eine tüchtige fachgewerbliche

Ausbildung der Jugend ein, die ebenso eine öffentlich-rechtliche Pflicht des Staates, wie eine Angelegenheit sei, die gleicherweise die Korporationen der Arbeiter und der Arbeitgeber angeht. Sie verlangen modern eingerichtete Lehrwerkstätten mit anschließendem Fachschulunterricht, als gemeinsame Einrichtungen der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen in paritätischer Verwaltung und durch öffentliche Mittel unterstützt, sowie obligatorischen Fortbildungsschulunterricht für beide Geschlechter bis zum 18. Lebensjahre. Die Regelung und Förderung des Lehrlingswesens gehöre zu den Aufgaben der Gewerkschaften.

Wenn den Gewerkschaften vereinzelt der Vorwurf gemacht werde, daß sie engherzig auf eine Beschränkung der Lehrlingshaltung hinwirkten und sich besonders gegen das Eindringen weiblicher Lehrlinge sträubten, so zeuge das von einer totalen Verkennung der Sachlage. Die Gewerkschaften bekämpfen nur die im Mißverhältnis zum Umfange des Gewerbebetriebes stehende Lehrlingszücherei. Wie berechtigt dies Streben sei, habe die Gesetzgebung im § 128 der Gewerbeordnung anerkannt. Sie bekämpfen auch den Eintritt weiblicher Lehrlinge und die Beschäftigung von Arbeiterinnen nur insoweit, als daraus gesundheitliche oder sittliche Nachteile für die Beschäftigten zu befürchten sind. Auch hier könnte sich die Gesetzgebung ihrer besseren Kenntnis der Verhältnisse nicht entziehen. Zweifellos gibt es neben den zurzeit 14 verbotenen Beschäftigungsarten für Frauen im Deutschen Reiche noch ebenso viele Berufsarten, die ebenso nachteilig für Arbeiterinnen sind. Endlich dürfe auch nicht vergessen werden, daß viele Arbeitgeber weibliche Arbeitskräfte nur der billigeren Löhne wegen einstellen, während die Gewerkschaften die Aufgabe haben, die erkämpften Positionen zu erhalten. Das könne natürlich nicht durch eine ungerechtfertigte, systematische Abschließung des Berufes geschehen, die den Lohndruck der ungelerten Arbeit am wenigsten aufhalten kann, sondern nur durch

eine richtige, dem Berufsganzen dienende Regelung des Lehrlingswesens.

In Bezug auf die bestehenden Fachschulen wies eine der Vertreterinnen der Gewerkschaften auf die in wirtschaftlich rückständigen Gegenden mit bedeutenden Staatsmitteln unterhaltenden Fachschulen der Stick-, Wäsche- und Handschuhbranchen hin, die auch gewerbliche Aufträge von auswärts übernehmen, mit ihren billigen Preisen sogar die ergebirgische Konkurrenz unterbieten und Heimarbeiterinnen züchten. Diese Schulen tragen obendrein das Porto für Hin- und Rückbeförderung und liefern die neuen Stickmuster gratis. Die Berliner Stickmusterzeichnerei ist dadurch ruiniert worden. In der Handschuhindustrie sind blühende Bezirke lahmgelegt durch die Konkurrenz der Fachschule in Ziegenhals in Schlesien. In der Schuhindustrie war der Zuschneiderberuf früher der bestbezahlteste. Die Fachschulen von Wermelskirchen, Siebenlehn und andre haben ein solches Überangebot dieser Kräfte auf den Markt geworfen, daß der Verdienst rapid gesunken ist. Wenn das industrielle, staatlich unterstützte Fachschulwesen solche Wirkungen zeitige, dann könne man es den Gewerkschaften nicht verdenken, daß sie in dieser Förderung weiblicher Fachbildung ein Haar gefunden haben. —

Die Leitsätze der Referenten, sowie die Leitsätze für die praktischen Maßnahmen wurden schließlich mit einigen Abänderungen angenommen.

In Bezug auf die Gründung eines Verbandes für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau erklärte der Vertreter der Generalkommission, daß die freien Gewerkschaften die Gründung einer neuen, besonderen Organisation für diese Aufgaben ebenso wenig für notwendig halten, wie es etwa der Schaffung besonderer Organisationen zur Propaganda des Heimarbeiterschutzes und zur Veranstaltung von Heimarbeitersausstellungen oder zur Förderung von Tarifverträgen und Schaffung von Tarifrichtungen bedürfe. Die Gewerkschaften sähen

Feuilleton.

Aus Californien.

II.

Unser Freund und Kollege in Californien ist ein selten treuer Mensch und Kampfgenosse. Im November v. Js. übersandte er der Hauptkasse des A. D. G. V. seinen gestundeten Verbandsbeitrag, zugleich der sich selbst auferlegten 15 Prozent Zinsen! Und das, trotzdem die Organisation in Deutschland ihm selbst doch in Californien garnicht weiter nützlich sein kann. Der Kollege hat vom A. D. G. V. weiter nichts als die geistige Fühlungnahme mit der Bewegung. — Nachdem unsre Leser schon von den früheren Nachrichten Kenntnis genommen, wird sie auch der neue Brief interessieren, den unser Freund seiner Beitragssendung beigelegt hat. Hier der Inhalt:

„Fresno, den 26. 10. 09.

Werte Kollegen!

Endlich komme ich dazu, meine Beiträge zu entrichten, es hat lange genug gedauert, konnte aber mit dem besten Willen nicht früher. Glauben wird man mir das schwerlich; denn so sagt schließlich jeder. Das kann mir aber ganz gleich sein.

Um die Zeit ging es toll bei mir zu; oftmals 20 bis 22 Stunden pro Tag, da saß ich denn bis über die Ohren im Geschäft und schob dabei alles auf. Es ist Unsinn, sich solch lange Arbeitsstunden aufzuhalsen, doch zuweilen muß man. Es ist allerdings ganz anders, ob man für sich selbst oder für jemand anders schafft. Die Gegensätze: Ich muß und Du sollst (das andre Muß) lassen sich nicht vereinigen.

Es wurde aber das, was durch den wenigen Schlaf an Körperkraft verloren ging, durch kräftige

Speise wieder ersetzt. Dafür war ich ja mein eigener Herr, und dann richtet man es sich so ein, wie es am besten geht. Persönlich vertere ich den Achtstundentag, und läßt dieser sich, wie ich in diesem Jahre gesehen, ganz gut einführen. Wenn ich nun zeitweilig (es war während der Haupt-Tomatenernte) 20 bis 22 Stunden pro Tag arbeitete, so deshalb, weil ich mir keinen regelrechten Mann halten konnte, in dem von mir vertretenen Sinne: achtstündige Arbeitszeit und einem der Neuzeit entsprechenden anständigen Lohn. Wohl hatte ich jemand bei mir, der für Anteil am Geschäft mir seine Arbeitskraft verkauft hatte, er ist auch jetzt noch bei mir; außerdem während der heißen Zeit auch noch einen Koch. Meine Aufgabe war, aus den Schulden heraus zu kommen, und deshalb mußte ich. Denn mit Schulden und Pachtzahlung auf Kredit fing ich in diesem Jahre an, kaufte auch noch den meisten Samen auf Kredit; dazu kamen noch unvorhergesehene Ausgaben, wie die Kosten für einen Wagen, den ich noch dazu kaufen mußte, der leichteren Beförderung wegen, und ein Pferd, da mein Esel (Maulesel), glückseliges Überbleibsel vom letzten Jahre, sein Leben vertauschte, was ich ihm auch weiter garnicht übel genommen; denn es ist ja eines jeden Wesens letztes Ziel: der Tod. Nur meine Tasche bekam dadurch ein Loch. Gerne hätte ich dem Banner dieses Grautier leihweise überlassen zu seiner Übersiedelung nach Berlin. Aber, wie ich schon in unsrer Zeitung las, braucht der gute Banner für diesen Zweck kein Lasttier mehr; aber jetzt braucht er noch einen ganzen Haufen Esel, um den Lebensfaden des Verbändchens, der durch und durch faul ist, noch etwas in die Länge zu ziehen. — Nun, ich hatte also in diesem Jahre das Vergnügen, fortwährend Schulden zu bezahlen; um dieses wird mich wohl niemand beneiden.

Auch ich beneide Euch nicht um die neueste Kulturart von Preußen-Deutschland, in der Form des vollführten Steuerraubzuges. Wie lange wird diese Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit zwischen Fürst und Pflaffe sich noch halten?! Noch einmal mußte eine andre Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit ans Licht gezogen werden, die zwischen Junker und Pflaffe, welche eben genannten Raubzug vollbracht. Ja, ja, das Schafscheren ist ein edles Handwerk, welches den Pflaffen zulobe dient. Wird die nächste Reichstagswahl eine Abrechnung bringen? Sicher, das steht fest. Aber was nützt es, solange der Herrscher eine ihm unliebsame Volksvertretung auflösen kann? Solange ist es keine Volksvertretung, denn der Charakter einer Volksvertretung fehlt, nur der Name ist vorhanden.

Die Trennung von Staat und Kirche ist eine dringende Kulturnotwendigkeit, denn dem Menschengesetz nach soll die Schule eine Einführung in das spätere Leben sein, nicht aber eine Verblödungsanstalt, was sie heute tatsächlich noch ist. Deutschland würde viel mehr große Männer erzeugen, würden die Erziehungsanstalten dem Menschengesetz nach eingerichtet.

Spanien mußte einen Mann ermorden — ein schändliches Pflaffenwerk. Nach überall klangen Ferrers letzte Worte: „Hoch und lange lebe die moderne Schule!“ Die Berliner Polizei mußte auch hierbei den Apfel abschießen. . . Wie wilde Tiere gebärdeten sich diese Auch-Menschen. Alles aus christlicher Liebe. Aus christlicher Liebe wird geraubt, gemordet und gestohlen. Und Preußen-Deutschland ist aller Welt voran. —

Einliegend sende ich fünf Dollar als Mitgliedsbeitrag für dieses Jahr. Wie ich in dem Briefe vom Monat Mai andeutete, sehe ich die schuldigen Beiträge als geliehenes Geld an und zahle

keinen Vorteil darin, ein Übermaß von Organisationen ins Leben zu rufen. Die Gewerkschaften seien selbst berufen, im Zusammenwirken mit den Arbeitgeberverbänden das Lehrlingswesen zu regeln, Lehrlingsnachweise zu schaffen und eine ausreichende Ausbildung der Jugend zu fördern. Sie lehnten daher die Gründung des neuen Verbandes ab.

In stark gelichteter Versammlung wurde danach die Gründung des Verbandes beschlossen (und einige Tage später vollzogen, wie schon eingangs angeführt), — gegen eine Minderheit, die aber sicherlich die Mehrheit der vertretenen Mitglieder hinter sich hatte. Die christlichen Verbände der Heimarbeiterinnen und der Schneider, sowie der Verband der deutschen Gewerksvereine und eine Reihe anderer Korporationen erklärten ihren Beitritt. —

Wie wirkungsvoll die Ausführungen unsrer Vertreter, der freien Gewerkschaften, gewesen sind, kann man aus einem Artikel ersehen, den die bürgerliche Sozialreformerin Else Lüders einige Tage nach den Verhandlungen in der „Sozialen Praxis“ (Nr. 8 vom 21. Oktober 1909) veröffentlicht hat. Else Lüders sagt da nämlich u. a.: „Die Frage, ob man die Masse der Mädchen in der heutigen Zeit noch einer gradezu handwerksmäßigen Ausbildung mit Gesellen- und Meisterprüfung zuführen dürfe, einer Ausbildung, die ihnen keinen vollen Nutzen bringe, wenn sie früher oder später doch in die Großindustrie übergehen müssen, konnte natürlich im Laufe der Debatten nicht genügend geklärt und noch weniger entschieden werden. Doch steht wohl so viel fest, daß für den überwiegend größten Teil der weiblichen Jugend unsres Volkes nicht die handwerksmäßige, sondern die industriell fachgewerbliche Ausbildung in Frage kommt in der allgemeinen Fortbildungsschule, der je nach Bedarf Fachklassen und Lehrwerkstätten angegliedert werden.“

Die Leitung des „Verbandes für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau“ aber steht dieser volkswirtschaftlichen Erkenntnis noch fern, wie das einleitend abgedruckte Zirkularanschreiben sehr deutlich

erkennen läßt. Im volkswirtschaftlichen Sinne zählt die Gärtnerei ja zum Handwerk, und außerdem entfällt unser Beruf noch so wichtige in Berücksichtigung zu ziehende Eigenarten, von denen diesen bürgerlichen Sozialreformern anscheinend noch garnichts bekannt ist; sie würden sonst wohl von der angezeigten Propaganda Abstand genommen haben. Heute wollen wir nur erst wiederholen, was wir einmal (vergl.: Allg. D. Gtzg. 1909, Seite 45) den Propagandisten innerhalb der gebildeten und bessersituierten Bevölkerungsschichten gesagt haben:

„Wir stehen den bezüglichen Frauenemanzipationsbestrebungen wirklich nicht feindlich oder konkurrenzneidisch gegenüber; aber wir müssen deren Propagandisten doch recht sehr bitten, sich auf dem Boden der Wirklichkeit zu bewegen und sich nicht in Illusionen zu ergehen und damit in den Kreisen, wo man wirbt, nicht betrügerische Hoffnungen zu erwecken.“

In einem folgenden zweiten Artikel werden wir uns mit der Frage der weiblichen Gärtnerlehrlinge aus den Reihen des Mittel- und des Arbeiterstandes näher beschäftigen.

Die Opfer der Arbeit.

Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften aus dem Jahre 1908, die wiederum erst jetzt dem Reichstage zugestellt sind, haben ein besonderes Interesse deshalb, weil sie zeigen, in welcher Weise die wirtschaftliche Krise die Zahl der Betriebsunfälle beeinflusst hat. Die eine Folge der wirtschaftlichen Krise ist die, daß im Jahre 1908 die Zahl der in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen kleiner als im Vorjahre war, während sonst eine Zunahme eingetreten ist. Die Abnahme sehen wir sowohl in der Zahl der durchschnittlich versicherten Personen: 8917 772 zu 9 018 367, als auch in der Zahl der sogenannten Vollarbeiter = 300 Arbeitstage: 7 868 531 zu 7 869 421. Dagegen ist die Zahl der in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Betriebe von 673 110 im Vorjahre auf 696 824 gestiegen.

Je weniger Personen von der Versicherung erfaßt werden, desto geringer muß auch bei sonst

gleichbleibenden Umständen die Zahl der verunglückten Personen sein. Das trifft in der Tat für die Zahl der Verletzten zu, für die im Laufe des Jahres bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften Unfallanzeigen erstattet worden sind. Die Zahl ist von 465 224 im Jahre 1907 auf 461 091 im Jahre 1908 zurückgegangen. Der Rückgang ist sogar etwas größer, als der Rückgang in der Zahl der beschäftigten Vollarbeiter; denn auf 1000 Vollarbeiter kamen im Jahre 1907 noch 59,12 angemeldete Unfälle, dagegen im Jahre 1908 nur noch 58,61.

Die Zahl der schwereren versicherungspflichtigen Unfälle, d. h. der Unfälle, für die im Laufe des Jahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind, ist von 73 370 im Jahre 1907 auf 74 581 und von 9,58 pro Tausend beschäftigte Vollarbeiter auf 9,48 gefallen. Hier ist die Abnahme auf 1000 beschäftigte Vollarbeiter nicht ganz so groß, wie bei der Zahl der gemeldeten Unfälle. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle mit tödlichem Ausgang ist von 6 078 auf 5 939 und von 7,72 pro Tausend Vollarbeiter auf 7,59 gefallen.

Wir haben also nicht nur einen absoluten, sondern auch einen relativen Rückgang, d. h. die Abnahme in der Zahl der Unfälle ist größer, als die Abnahme in der Zahl der beschäftigten Vollarbeiter. Diese an sich erfreuliche Tatsache ist aber zugleich eine dringende Mahnung in Bezug auf die Unfallverhütung. Denn sie bestätigt, daß die Hast der Arbeit, wie sie bei gutem Geschäftsgange von den Betriebsleitern gefordert wird, die Gefahren der Arbeit vergrößert, manchen Betriebsunfall verschuldet. Außerdem wirkt offenbar in derselben Richtung der Umstand, daß bei gutem Geschäftsgange gewissenlose Betriebsleiter noch nicht eingearbeitete Arbeiter zu gefährlichen Arbeiten heranziehen. Nur so ist die größere relative Zahl der Unfälle im Jahre 1907 zu erklären.

Beachtenswert sind die Zahlen der verunglückten Arbeiterinnen und Arbeiterkinder. Von den Personen, für die von den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Laufe des Jahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind, waren 308 Mädchen unter 16 Jahren gegen 278 im Vorjahre, 2 499 Knaben unter 16 Jahren gegen 2 473 im Vorjahre, 2 747 Arbeiterinnen über 16 Jahre gegen 2 755 im Vorjahre und 69 027 männliche Arbeiter über 16 Jahre gegen 69 864 im Vorjahre. Mithin ist der Rückgang in der Zahl der Unfälle bei den männlichen Arbeitern über 16 Jahren verhältnismäßig größer als bei den Arbeiterinnen über 16 Jahren; bei den Kindern aber ist die Zahl der Unfälle sogar größer geworden. Die Zunahme ist wiederum bei den Mädchen größer als bei den Knaben. Das bestätigt die Tatsache, daß manche Betriebsleiter, die unter dem Druck des schlechten Geschäftsganges ihren Betrieb einschränken mußten, möglichst männliche Arbeiter über 16 Jahren entlassen, und Arbeiter-

dafür 15 Proz. Zinsen. Bei einem 35 Pfg.-Wochenbeitrag wird es für 52 Wochen und für etwa 48 Wochen die Zinsen bezahlen. Wie ihr es nun regelt, ist mir gleich. Diese 5 Dollar sind für dieses Jahr bestimmt. Auch im nächsten Jahre und so weiter; bis eine nächste Generalversammlung einen höheren Grundbeitrag bestimmt, werde ich einen 5 Dollar-Jahresbeitrag leisten, was ungefähr einem 40 Pfg.-Wochenbeitrag gleichkommt, weil mir alles an dem guten Gedeihen unsrer sowie irgend einer freigewerkschaftlichen Organisation gelegen ist. So gut es in meinen Kräften steht, soll es an mir nicht fehlen.

Mit kollegialem Grusse an Alle

Hans L. . . .“

NB. Wir handeln gewiß im Sinne unsrer Kollegen, wenn wir in ihrem Namen hiermit diesen Gruß dem Kollegen über das Weltmeer hinüber herzlich erwidern. Die Redaktion.

Aus Krankheit und Genesung.

Alle so wie ich —
In einer schlaflosen Nacht,
deren ich viele hatte —
erschieden Hunderte mir,
nein, mehr denn tausend,
unzählig gleich den Sternen am Himmel,
die mitteilig durch ein Fenster blickten!
Und sie reichten mir alle die Hand —;
Hände, lauter Hände,
die so mager waren
wie ihre knochigen Wangen.
Blickten mich alle an
mit den gleichen Augen —
Stumm —
Und doch so groß.

Stumme große Seelen
mit Heilandsblicken.

Stumm gingen sie wieder,
lauter gezeichnete — Krüppel —
So wie ich — — —
Der eine gliedlos, und der andre lahm;
doch keiner weinte,
keiner stöhnte;
Alle so wie ich —
Trotz auf der Stirne,
Stolz in den Augen —;
lauter ordenslose, hungernde
Veteranen der Arbeit!

Julius Zerfaß.

Rauhe Hände.

Deine Hände sind von Arbeit rauh;
sind so rauh und hart und voller Schwielen.
Hände, die im Ernst des Lebens wühlen.
Und der Ernst des Lebens ist so hart und grau.

Deine Wangen sind so sorgenbleich,
sind so bleich wie meine welken Hände,
deine rauen, meine mageren Hände.
Sag, was will das Leben gleich — — —

Will es, daß du schaffen sollst — und ich?
Sag, was kommst du mich so oft besuchen;
dieses Trösten kann ich bald verluchen;
geh; — ein Leben findest du nicht für mich.

Warum diese rauen Schwielenhände,
diesen Trost aus deinem blassen Munde?
Und ich lieg' hier sinnend Stund' um Stunde,
daß ich dieses Rätsels Lösung fände.

*

Und dieses Rätsel schwebt mir Tag für Tag
und Nacht für Nacht in meinen schweren Träumen;

sodaß ich jeden Morgen, jeden Abend frag:
Wie lange, Herz, sollst du noch müßig säumen?

Wie lange noch, und soll's gar ewig sein,
Daß du, ein nutzlos Stück, dich nutzlos sollst ver-
[bluten.

War das mein Traum der Sehnsucht ewig? Nein!
Noch glühten nicht die letzten Frührotgluten.

Die Sonne scheidet, und der Abend sinkt;
ein frischer Hauch weht mir entgegen; fort ihr Wände.
Denn dort, wo jene mit dem Schicksal ringt,
gehör' ich hin, wo jene rauen Hände.

*

Deine rauen Hände
tun mir wohl.
Laß mir diese Hände,
wenn ich sterben soll.

Laß mir dieses Fühlen
bis zur letzten Stunde.
Meine Hände wollen wühlen
in der heißen Wunde.

Die mir, — welche Hände —?
tief ins Leben schlugen:
Dann trotz Trostesspende
nicht mehr nach mir frugen.

Aber deine Hände
sollen mich begleiten;
bis zum letzten Ende
mich in Mut geleiten.

Meine letzten Tränen,
die ich sterbend spende,
seien Segentränen
auf die rauen Hände.

Julius Zerfaß.

innen und Kinder noch mehr als bisher bei gefährlichen Arbeiten verwendet haben. Dies ist um so wahrscheinlicher, da sich die auffallende Zunahme in der Zahl der verunglückten Arbeiterinnen und Kinder nur in den gewerblichen Berufsgenossenschaften zeigt.

Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften können wir nicht die Zahl der Unfälle mit der Zahl der beschäftigten Arbeiter vergleichen, da letztere nicht genau ermittelt wird. Hier begnügt sich das Reichsversicherungsamt ebenso wie bei den Zahlen der versicherten landwirtschaftlichen Betriebe mit Schätzungen, die an der Hand der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik vom Jahre 1907 vorgenommen worden sind. Danach ist die Zahl der versicherten Betriebe von 4 710 401 im Vorjahre auf 5 434 100 und die Zahl der versicherten Personen von 11,2 Millionen auf 17,2 Millionen gestiegen. Die große Zunahme wird durch den Hinweis darauf erklärt, daß die früheren Feststellungen auf die Berufszählung gestützt werden mußten, während nunmehr die Betriebszählung auch über das beschäftigte Personal usw. nähere Angaben enthält. Jedoch sind die tatsächlichen Veränderungen vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1908 in der Zahl der in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen wahrscheinlich nicht bedeutend. Das muß zur richtigen Würdigung der jetzt folgenden Zahlen beachtet werden.

Die Zahl der angemeldeten Betriebsunfälle ist bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften von 141 975 im Jahre 1907 auf 143 175 gestiegen. Die Zahl der Unfälle, für die im Laufe des Jahres von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind, ist von 62 673 im Jahre 1907 auf 61 609 gefallen. Die Zahl derjenigen dieser Unfälle, die den Tod des Verunglückten zur Folge hatten, ist aber von 2 843 im Jahre 1907 auf 2 980 gestiegen. Auffallend ist es, daß die Zahlen sowohl der gemeldeten Unfälle als auch der Unfälle mit tödlichem Ausgang nicht unbedeutend gestiegen sind, während die Zahl der von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften entschädigten Unfälle eine Abnahme aufweist. Die Befürchtung liegt nahe, daß die Abnahme auf die größere Fingigkeit mancher Berufsgenossenschaften in Bezug auf Gründe für die Ablehnung der Entschädigung zurückzuführen ist.

Von den staatlichen Aufsichtsbehörden waren 669 135 Vollarbeiter beschäftigt gegen 662 127 im Vorjahre. Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist von 49 864 im Jahre 1907 auf 52 275 und von 75,31 pro 1000 Vollarbeiter auf 78,12 gestiegen. Die Zahl der Unfälle, für die im Laufe des Jahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind, sind von 4 804 im Jahre 1907 auf 5 019 und von 7,26 pro 1000 Vollarbeiter auf 7,50 gestiegen. Ebenso ist die Zahl der entschädigten Unfälle mit tödlichem Ausgang von 708 im Vorjahre auf 768 gestiegen.

Von den Provinzial- und Kommunal-Aufsichtsbehörden waren 70 937 Vollarbeiter beschäftigt gegen 67 950 im Vorjahre. Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist von 2 770 im Jahre 1907 auf 2 781 gestiegen; aber auf 1 000 Vollarbeiter kamen nur 39,20 angemeldete Unfälle gegen 40,77 im Vorjahre. Die Zahl der Unfälle, für die im Laufe des Jahres zum ersten Male eine Entschädigung gezahlt worden ist, ist von 509 im Vorjahre auf 507 und von 7,49 pro 1000 Vollarbeiter auf 7,15 gefallen.

Für die Versicherungsanstalten fehlen die Zahlen der versicherten Arbeiter. Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist hier von 3 068 auf 2 999 und die Zahl der zum ersten Male entschädigten Unfälle ist von 1 347 auf 1 249 gefallen. Hier handelt es sich um die Regiebauten. Fraglos sind auch bei diesen infolge der schwächeren Bautätigkeit weniger Arbeiter als in dem Vorjahre beschäftigt gewesen. Das erklärt die Abnahme in der Zahl der angemeldeten und der zum ersten Male entschädigten Unfälle.

Im ganzen ist die Zahl der angemeldeten Unfälle von 662 901 im Jahre 1907 auf 662 321 gefallen; die Zahl der Unfälle, für die im laufenden Jahre zum ersten Male Entschädigung gezahlt wurde, ist ebenfalls von 144 703 im Jahre 1907 auf 142 965 herabgegangen. Aus unsrer genaueren Betrachtung der Veränderungen in der Industrie, der Landwirtschaft und den Staatsbetrieben ergibt sich aber, daß der Rückgang namentlich dort eingetreten ist, wo die wirtschaftliche Krise eine Abnahme in der Zahl der beschäftigten Personen herbeigeführt hat. Es ist daher zu befürchten, daß der bessere Geschäftsgang uns nicht nur eine größere Zahl versicherter Arbeiter und damit eine absolute Steigerung der Unfallziffern, sondern auch mit der größeren Hast bei der Arbeit eine relative

Zunahme, eine größere Unfallgefahr wieder bringen wird. Dies muß auch den letzten Arbeiter anspornen, alle Kraft einzusetzen, um eine wirksame Unfallverhütung zu erreichen.

Allerlei Unwahrheiten des Herrn Schönberg vom Gemeindearbeiter-Verband.

Der am 11. Dezember vorigen Jahres in unsrer Zeitung erschienene Artikel: „Die Entwicklung der Lohnverhältnisse der Gärtner in den staatlichen Kranken- und Irrenanstalten zu Hamburg“ scheint den Hamburger Größen des Gemeindearbeiter-Verbandes schwer in die Knochen gefahren zu sein. Allem Anschein nach genügen ihnen jedoch die dort festgenagelten Lorbeeren noch nicht, um darauf auszuruhen, und so unternimmt es nun der Leiter der Hamburger Filiale des Gemeindearbeiter-Verbandes, Schönberg mit Namen, ein weiteres Ruhmesblatt dem zuzufügen.

Wir sind von Schönberg viel an unanständigen Machenschaften gewohnt; aber der Artikel in der „Gewerkschaft“, vom 24. Dezember vorigen Jahres, unter der Überschrift „Schaumschlägerei“, stellt alles andre in den Schatten. Derartige notorische Unwahrheiten seinen Mitgliedern vorzusetzen, dazu hätten wir ihn wirklich nicht für fähig gehalten.

Nachdem Schönberg in seinem Artikel uns notorische Unwahrheiten und Verleumdungen an die Rockschoße dichtet, geht er dazu über, dies zu beweisen. Da es ihm aber nicht möglich ist, uns klare Beweise über das Verhalten seines Verbandes, den Gärtnern gegenüber, auf ehrliche Weise zu widerlegen, reißt er einfach, wo es ihm paßt, Sätze aus dem Zusammenhange meines Artikels und unterschlägt andre, die für das Verstehen von Notwendigkeit sind, und dann beweist er: das sind Unwahrheiten in der Allgem. Deutsch. Gärtner-Zeitung.

Kein Mensch bestreitet; daß der Gemeindearbeiter-Verband in sein erstes Lohngesuch für das gesamte Personal auch die Gärtner aus agitatorischen Gründen einbezogen hatte, um sie ihrer Berufsorganisation untreu zu machen. Das Lohngesuch war derartig, daß kein vernünftig denkender Mensch an besondere Erfolge glaubte. Das Resultat der Lohnreglung bestätigt dies, vor allem in Bezug auf die Anfangslöhne.

Um nun etwas aus dieser verfahrenen Situation zu retten, reichte der Arbeiterausschuß ein zweites Lohngesuch ein. Und um dieses handelt es sich, wenn ich in meinem Artikel schrieb: „Von dieser Seite (dem Gemeindearbeiter-Verbande) ist hier den Kollegen direkt entgegen gearbeitet worden; gewünscht wurde von unsrer Seite ein Anfangslohn von 30 Mk. pro Woche; der Gemeindearbeiter-Verband aber erklärte 29 Mk. pro Woche als genügend!, und zwar nur der „einheitlichen Lohnschablone“ halber, die er für das gesamte Personal wollte.“ — In diesem Gesuch, das aus dem Büro des Gemeindearbeiter-Verbandes stammt, wurde nämlich für das gesamte männliche externe Personal eine Erhöhung des Anfangslohnes um 2 Mk. pro Woche verlangt, die Gärtner einbezogen. Hiermit waren wir Gärtner zufrieden; denn in der gewerblichen Landschaftsgärtnerei beträgt der Minimallohn, bei 10 Stunden Arbeitszeit, 30 Mark pro Woche. Dies verlangten wir gleichfalls, und wir beauftragten unsern Vertreter, in der Arbeiter-Ausschußsitzung für entsprechende Anträge zu stimmen. Und gegen diese Anträge stimmten Vertreter des Gemeindearbeiter-Verbandes, indem gesagt wurde, 29 Mk. pro Woche genügen; der „einheitlichen Lohnschablone“ halber. Das ist dann doch der klare Beweis dafür, daß vom Gemeindearbeiter-Verbande uns entgegen gearbeitet worden ist! Wenn Schönberg das Gegenteil behauptet, so sagt er damit eine grobe Unwahrheit.

Da Schönberg weiter eine ganz konfuse Ansicht von der Inszenierung und dem Verlauf der Lohnbewegung gibt, ist es notwendig, die Sache völlig klarzulegen. Schönberg schreibt:

„In der gemeinschaftlichen Versammlung am 10. November waren nur zwei Teilnehmer, die geltend machten: „Was für die Gärtner verlangt wird, ist zuviel.“ Und weiter: „Und die so sprachen, stellten entsprechende Abänderungsanträge. Und wer waren sie? Es waren zwei Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins. Es waren Klus und Stegmann, Gärtner im Eppendorfer Krankenhaus. Jetzt aber kommen sie her und behaupten: „Der Gemeindearbeiter-Verband hat unsre Forderungen geschmälert!“

Das ist doch starker Tabak! So etwas zu schreiben! Daß die „Gewerkschaft“ beim Druck

solcher Lügen nicht schamrot geworden ist, nimmt uns wunder.

Wie war nun in Wirklichkeit der Verlauf jener Versammlung? Die Mitglieder des Gemeindearbeiter-Verbandes im Eppendorfer Krankenhaus waren in ihrer Mehrheit mit dem Lohngesuch nicht einverstanden; sie waren der Meinung: Die Lohnforderungen sind zu hoch, darauf läßt sich die Verwaltung nicht ein, und bei dem Lohngesuch kommt für uns nichts vernünftiges heraus. Das Mitglied des Gemeindearbeiter-Verbandes, Schulz, im Eppendorfer Krankenhaus, trat nun an Klus heran mit der Bitte, gegen Schönberg eine niedrigere Lohnforderung zu vertreten, die an das Krankenhaus-Kollegium einzureichen sei.

Schulz und Klus kamen überein, eine Lohn-erhöhung für das gesamte männliche Personal, pro Woche um 3 Mk., zu verlangen. Schulz, als Mitglied des Arbeiter-Ausschusses, wollte seinen Namen zu diesem Antrag nicht geben, um diesen Antrag in der Ausschußsitzung als Antrag des Personals vertreten zu können. An seine Stelle trat als Antragsteller Böhm, Mitglied des Gemeindearbeiter-Verbandes, beschäftigt im Eppendorfer Krankenhaus. Für den Antrag sprachen, nach Begründung durch Klus: Schulz, Böhm, Rühmann, sämtlich Mitglieder des Gemeindearbeiter-Verbandes. Der Antrag kam nicht zur Abstimmung, weil der von Schönberg vertretene Antrag mit den höheren Lohnsätzen angenommen wurde. Allerdings nur mit einigen Stimmen Majorität, nachdem Schönberg seinen ganzen Einfluß als Verbandsleiter in die Wagschale geworfen.

Dies der wahrheitsgemäße Vorgang in der Versammlung!

Also: Unwahr ist zunächst die Schönberg'sche Behauptung von einem „Antrag Klus-Stegmann“! Der Kollege Stegmann hat in oben genannter Versammlung überhaupt keinen Antrag mitgestellt und hat auch überhaupt nicht gesprochen. Schönberg ist weiter, daß ein Abänderungsantrag für die Gärtner gestellt wurde. Das war ein Antrag für das gesamte Personal aller Anstalten, und der Antrag wurde allgemein begründet. Also: Entweder ist nun Schönberg unfähig, einen Versammlungsbericht zu geben, dann könnten wir ihm dies verzeihen, oder aber: Schönberg stellt wahre Tatsachen auf den Kopf, macht Fälschungen daraus.

Genau so wie die eben festgenagelten Unwahrheiten sind auch die weiteren Behauptungen über die Bezahlung des Sonntagsdienstes.

Fest steht, daß nach dem Entscheid über das erste Gesuch (eingereicht vom Gemeindearbeiter-Verband durch den Arbeiterausschuß) das Krankenhaus-Kollegium eine weitere Bezahlung des Sonntagsdienstes der Gärtner ablehnte. Folglich bedeutete dies trotz Lohnerhöhung — eine Verschlechterung für unsre Kollegen.

Wenn Schönberg nun schreibt: „Und grade unsre Kollegen im Arbeiterausschuß“ und „unsrer großen Bemühungen ist es denn auch schließlich gelungen, die fragliche Verschlechterung der Lohnverhältnisse abzuwehren“, so ist dies wieder eine wissenschaftliche Unwahrheit. Nichts ist von jener Seite geschehen, um die Verschlechterung abzuwehren. Kein Wort der Kritik hat Schönberg über die beabsichtigte Nichtbezahlung des Sonntagsdienstes in der Winterhuder Versammlung gefunden.

Daß Schönberg von einem unsrer Kollegen den Sonntagsdienst betreffendes Material bekommen hat, leugnet er nicht. Dieses Material war nicht vom Artikelschreiber! Verwendet worden ist es von Schönberg nicht, trotz Zusicherung. Er redet sich nun damit heraus: „Dieses Material war auch darnach.“ Nun, mit Hilfe derartigen Materials haben die Gärtner der Anstalten in einem Zeitraum von acht Jahren ihren Lohn von 21 Mk. pro Monat und freie Station bis auf 30 Mk. pro Woche gesteigert.

Es steht dokumentarisch fest, daß die Gärtner die Weiterbezahlung des Sonntagsdienstes, wodurch die angebliche Lohnerhöhung erst zu einer solchen wurde, uns — einzig und allein — ihrem Gesuch an Direktionen und Krankenhauskollegium zu verdanken haben, und die Berufsverhältnisse in der Landschaftsgärtnerei, die von der Gärtnerorganisation, dem A. D. G. V. am Orte, geschaffen worden sind, gaben den Rückhalt dazu her! Alles andre ist Flunkerei.

Originell klingt es, wenn Schönberg, bezüglich unsres Gesuches, schreibt: „Aber soviel wissen wir, daß solche Privatgesuche dem Krankenhaus-Kollegium nicht vorgelegt werden und deshalb wirkungslos bleiben.“ Das sieht so aus, als ob das Krankenhaus-Kollegium nur das annehmen darf, was aus dem Büro des Gemeindearbeiter-Verbandes kommt. Einfach lächerlich! Wenn ihm

das die Leser der „Gewerkschaft“ abnehmen, dann bedauern wir die armen Leute.

Fest steht, daß in der Ausschussung der Vorsitzende des Arbeiter-Ausschusses gesagt hat: „Die Behörde (gemeint ist das Krankenhaus-Kollegium) lehnt jede Lohnerhöhung auf Ihr Gesuch ab. (Das II. Gesuch.) Es liegen noch einige Gesuche der Gärtner vor, wegen Bezahlung des Sonntagsdienstes, die das Kollegium berücksichtigt.“ Auf jeden Fall hat Schönberg von diesem Sachverhalt gewußt. So sieht seine Wahrheitsliebe aus!

Wenn Schönberg weiter bemerkt: „Die hier in Frage kommenden Mitglieder des Gärtnervereins — Keilhack ausgenommen — hätten kein Verdienst an dem Ersatz der 3 Alterszulagen von 30 bis 33 Mk.“ so stellen wir dem gegenüber fest, daß wir ja doch das Lohngesuch mitgestellt haben, wenn auch in anderer Form. Und wenn von uns nur ein Vertreter im Arbeiter-Ausschuß sitzt, so ist das doch nicht unsre Schuld. Also, es steht fest: die Gärtner haben als Mitglieder des A. D. G. V. das Lohngesuch mitgestellt, unser Mitglied (Keilhack) hat es im Arbeiter-Ausschuß mit vertreten; — die beabsichtigte Verschlechterung ist von uns allein abgewehrt worden. Dadurch wurde die Lohnerhöhung erst eine wirkliche. Also ist es jedenfalls unser Verdienst. Nicht wir schlagen die ergötlichen Purzelbäume, die uns Schönberg andichtet, sondern er selbst.

Weiter stellt Schönberg die Frage:

„Was hätten z. B. die 16 Gärtner in den Kranken- und Irrenanstalten allein machen wollen, und was werden sie eventuell in Zukunft tun wollen, um Lohnerhöhungen durchzusetzen? Was wollen diese 16 unternehmen, wenn die Verwaltung immer wieder antwortet: „Nein, es gibt nichts!“ Wollen die 16 dann streiken?“

Wir müssen nun leider dieselbe Frage als Antwort an Schönberg stellen: Was will das Personal des Krankenhaus-Kollegiums, das zu einem geringen Bruchteil im Gemeindearbeiter-Verband organisiert ist, machen — wenn es dieselbe Antwort („Nein, es gibt nichts“) immer wieder bekommt? Will es dann streiken? — Wo ist hier die machtvolle Organisation? Wo ist die Macht des Pflegepersonals, von dem unter hundert keine 10 organisiert sind? Darüber freuen wir uns nicht etwa; aber es ist nun einmal Tatsache. Genau wie bei den Lohngesuchen der Gärtner wird es sich auch bei diesen Gruppen immer um den moralischen Moment handeln. Auch wenn das gesamte Personal organisiert wäre! Die Gründe hierfür wollen wir — im Interesse des Gemeindearbeiter-Verbandes — nicht anführen. Wir erinnern nur an Kiel.

Befremdend ist das Verhalten Schönbergs unserm Kollegen Keilhack gegenüber. Schönberg schreibt: „Keilhack hat alle Anträge mit vertreten.“ Wie denn Keilhack überhaupt von ihm über den grünen Klee gelobt wird. Und wie war es früher? In Langerhorn? Wer hat da Keilhack, der sachliche Differenzen im Arbeiterausschuß hatte, wegen des Lohnesuches — in einer Weise verunglimpft, die nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann? Das war Schönberg. Allerdings: Keilhack war in der Versammlung nicht anwesend! Man kann dann, hierauf Bezug nehmend, nur sagen: Ich kann schreiben rechts, und ich kann reden links.

Wir haben an allen diesen Sachen nun zur Genüge gezeigt, daß unser Artikel vom 11. Dezember vorigen Jahres voll und ganz den wahren Tatsachen entspricht, daß aber die Schönberg'schen Behauptungen aus der Luft gegriffen sind. Deshalb wird auch der Appell Schönbergs: „Hinein in den Gemeindearbeiter-Verband“ bei den Gärtnern wirkungslos verpuffen. Überall dort, wo eine starke Berufsorganisation am Orte vorhanden ist, und wo die Organisation der Gärtner richtig angefaßt wird, da werden sich die Gärtner unserm Verbände anschließen. Die Berufsorganisation bessert die Verhältnisse in den Privatbetrieben und wirkt somit auf die Löhne der Gärtner in den Gemeindebetrieben. Wo eine schwache Berufsorganisation vorhanden ist, werden in der Regel auch die Löhne der Gärtner in den Gemeindebetrieben niedrig sein. Die Unternehmer der Privatindustrie werden niemals zulassen, daß die Löhne in den Gemeindebetrieben merklich höhere werden, weil ihnen dann die tüchtigen Arbeitskräfte entzogen werden.

In den kommunalen und staatlichen Körperschaften haben die Unternehmer die Mehrheit, und sie beschließen in ihrem Sinne. Wir brauchen da nicht unsre Agitationsarbeit an anderswo organisierten Kollegen versuchen, wie es in der Hauptsache vom Gemeindearbeiter-Verband geschieht; sondern wir verwenden unsre Agitationskraft bei Unorganisierten. Daß wir damit Erfolge erzielen,

beweist uns Hamburg. Hier haben wir in letzter Zeit unter den städtischen Gärtnern sehr gute Erfolge erzielt; ja, wir sehen sogar eine Mitgliederflucht aus dem Gemeindearbeiter-Verband zu uns Kollegen, die 10 Jahre und darüber dort organisiert waren, treten zu uns mit der Bemerkung über: „Für uns Gärtner kann der Gemeindearbeiter-Verband doch nichts tun.“ Grade diese Flucht aus seinem Verbände hat wohl Schönberg veranlaßt, seine unwahren Behauptungen, weil er uns anders nicht widerlegen kann, gegen uns loszulassen. Doch wird uns diese Jesuitentaktik, nach dem Muster der Christen M.-Gladbacher Schule, nichts schaden. Mag „Er“ in Zukunft weiter schimpfen, uns soll es nicht scheren. Wir wollen unsre Lage verbessern, mit Hilfe der Berufsorganisation, dem A. D. G. V. Und darin, Kollegen, alle Hebel angesetzt! Vorwärts! Das sei unsre Losung — auch für die Gemeindebetriebe! —s, Hamburg.

Zur Rechtsunsicherheit des Kost- und Logiszwanges.

Unter den Kost- und Logisarbeitern gilt die Regel als selbstverständlich, daß, wenn das Arbeitsverhältnis mit dem Abend des Arbeitstages endet, der Arbeiter auf das Nachtlöge noch Anspruch hat. Und das mit Recht. Denn der Arbeiter erhält nur den geringen Teil seines Lohnes in bar ausgezahlt, während der Arbeitgeber ihn zwingt, für den übrigen Teil desselben Kost und Logis in Kauf zu nehmen. Strittig könnte der Fall sein, wenn der Arbeiter erst am Abend nach Beendigung der Arbeitszeit seine Stelle angetreten hat, indem er zunächst beim Arbeitgeber übernachtete. In der Regel aber tritt der Arbeiter am Tage seine Stelle an. Erst nachdem der Arbeitstag beendet ist, kann im Anschluß daran das Logisverhältnis wirksam werden. Wird das Arbeitsverhältnis gelöst, und der Arbeitgeber zahlt auch für den Tag nur den mit Kost und Logis vereinbarten Teil des Lohnes, bringt also den Betrag für Kost und Logis in Abzug, dann hat er auch die Pflicht, dem Arbeiter für die auf diesen Tag folgende Nacht noch das Logis zu überlassen. Dieser Verpflichtung kann er sich nur entledigen, wenn er dem Arbeitnehmer ein entsprechendes Mehr an Lohn für diesen Tag bezahlt und — der Arbeiter mit dieser Änderung der Abmachungen im letzten Augenblick einverstanden ist.

Wer aber nie unterm Kost- und Logiszwange gearbeitet hat, kann sich nicht plötzlich in ein solches Arbeitsverhältnis hineinendenken. Es zeigt dies folgende Entscheidung des Gewerbegerichts zu Köln a. Rh. Das Gewerbegericht hatte sich am 23. August v. Js. mit der Klage eines Friseurgehilfen auf 50 Pf. Entschädigung für am letzten Arbeitstage verweigertes Nachtlöge zu befassen. Diesen Anspruch wies das Gewerbegericht mit der Begründung zurück, das Arbeitsverhältnis sei am Abend gelöst worden. Jedoch — wie wir diesen Satz ergänzen müssen — nicht auch das Logisverhältnis. Der Arbeiter hatte das Logis für den letzten Arbeitstag mit bezahlt, unter der logischen Voraussetzung, daß er die Schlafstelle am Abend noch benutzen kann. Die Verpflichtung des Arbeitgebers als Schlafstellenvermieter kann, wie gesagt, erst am Abend beginnen und am nächsten Morgen beendet sein. Das Urteil ist einmütig, also nach bester Überzeugung, erfolgt. Doch es benachteiligt den Kost- und Logisarbeiter zweifellos. — Deshalb fort mit diesem veralteten, unsicheren Arbeitsverhältnis, das bezüglich der Kost rechtlich noch weit schwieriger faßbar ist.

Glänzender Geschäftsgang der Baumschulenunternehmer.

Den „Hamburger Nachrichten“ vom 30. Dezbr. entnehmen wir folgenden Bericht:

„Für die Rosenzucht im südlichen Holstein, die namentlich im Kreise Pinneberg für weite Gebiete, besonders die Umgegend von Elmshorn, Utersen, Tornesch, Pinneberg, Stellingen, Halstenbek, Wedel usw. als geradezu charakteristisch gelten kann, haben sich in diesem Herbst die Verhältnisse außerordentlich günstig gestaltet, wie sie seit einer Reihe von Jahren nicht gewesen sind. Infolge der starken Eingänge während des letzten Winters war die Nachfrage bei beschränktem Angebot so stark, daß die Preise um 100 Proz. über die normale Höhe hinausgingen und niedrig veredelte bzw. hochstämmige Rosen nach Wahl der Lieferanten tausendweise mit 180 bis 260 resp. 1200 bis 1500 Mk. bezahlt wurden.“

Trotz dieser außergewöhnlichen Preislage ist an vielen Stellen mit verschiedenen Sorten bereits vollständig geräumt, sodaß sich das Frühjahrgeschäft in engen Grenzen halten wird. Namentlich gilt dies von den edleren Spielarten, über die schon zu Herbstanfang größtenteils verfügt war. Noch stärker sind die Preise für Rosenwildlinge in die Höhe gegangen; sie stellten sich auf das Zwei- und Dreifache dessen, was in den letzten drei bis vier Jahren gezahlt worden ist. Zurückzuführen ist dies zur Hauptsache darauf, daß man an verschiedenen Stellen in Süd- und Mitteldeutschland den dort früher recht umfangreichen Anbau von Unterlagen als nicht lohnend aufgegeben hat. Die hauptsächlichsten Absatzgebiete für die Rosenzucht Süd-Holsteins bilden alle Teile des Deutschen Reiches sowie Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland, wohin eine recht starke Ausfuhr stattfindet.“

Und welchen Anteil nehmen an dieser glänzenden Konjunktur die Gehilfen und Arbeiter?

Was unsre Zweigvereine für die Bildung der Mitglieder leisten.

Das Winterprogramm des Zweigvereins Solingen: 9. Oktober: „Die Entwicklung unserer Organisation.“ 23. Oktober: „Darwins Theorie; 1. Entstehung der Arten.“ 6. November: „Winke für die Agitation.“ 20. November: „Sklaventum einst und jetzt.“ 4. Dezember: „Die deutsche Arbeiterversicherung.“ 18. Dezember: „Der Obst- und Gehölzschnitt in der Baumschule und im Garten.“ 31. Dezember: Silvesterfeier. 15. Januar: „Darwins Theorie; 2. Abstammung des Menschen.“ 29. Januar: „Unsre Berufsbildung.“ 12. Februar: „Die Gemüsetreiberei.“ 26. Februar: „Arbeiterliteratur und Bildung.“

Mit Ausnahme von einem Vortrag werden alle von Vereinskollegen gehalten. Was dieser Zweigverein kann, können andre auch, wenn nur einige Energie angewandt wird. Mancher Verwaltungsstelle, auch den größeren, möge dies zum Vorbild dienen.

Ein Kampf um Anerkennung der Organisation in Solingen.

Unsre Kollegen in Solingen haben im — Monat Dezember einen Kampf um die Anerkennung der Organisation geführt. Und mit teilweisem Erfolg! Die Methode dieses Kampfes war folgende. Zuerst erschien in der „Bergischen Arbeiterstimme“, die von der arbeitenden Bevölkerung dieses Ortes allgemein gelesen wird, ein Inserat dieses Inhalts:

„An die organisierte Arbeiterschaft des Kreises Solingen! Schon seit Monaten führen die organisierten Gärtnerarbeiter des Kreises Solingen einen äußerst zähen Kampf um die Anerkennung des Koalitionsrechtes und um eine Entlohnung, die den heutigen Verhältnissen wenigstens einigermaßen entspricht. Manches ist durch die emsige Arbeit der Organisation nun schon erreicht worden; aber noch viel mehr kann erreicht werden, wenn die gesamte organisierte Arbeiterschaft des Kreises Solingen die Gärtnerarbeiter unterstützt. Das kann nun am besten insofern geschehen, als die Arbeiter und Arbeiterfrauen bei allen vorkommenden Einkäufen von gärtnerischen Erzeugnissen sich bei dem Verkäufer dahin erkundigen, ob er auch organisierte Arbeiter beschäftigt. Besonders empfiehlt sich diese Anfrage bei der Bestellung von Kränzen und sonstigen Arrangements von Arbeitervereinen, sowie bei Einkäufen auf den Märkten und schließlich gegenwärtig bei der Deckung des Bedarfs an Weihnachtsbäumen.“

Folgende Gärtnerbesitzer stehen den Forderungen der Arbeiter strikte ablehnend gegenüber: Fritz Schönengel, Solingen, Dornsiepen. Ernst Gerlach, Solingen, Eichenstraße. Joh. Kreuels, Höhscheid, Kotten. Chr. Breuer, Gräfrath, Dahlerstraße.

Das Gewerkschaftskartell für Solingen und Umgegend.“

Am andern Tage veröffentlichte Herr Fritz Schönengel im „Kreisblatt“ und in der „Solinger Zeitung“ diese „Erklärung“:

In der „Bergischen Arbeiterstimme“ wird die Arbeiterschaft aufgefordert, mir keine Weihnachtsbäume abzukaufen. Da die bei mir beschäftigten Gehilfen sowohl mit dem Lohne, den ich ihnen bezahle, wie auch mit der Behandlung, die sie bei mir erfahren, zufrieden sind, glaube ich, daß für einen aufgeklärten Arbeiter kein Grund vorliegt, der jedenfalls vom Brotneid meiner Konkurrenz ausgehenden Aufforderung zu folgen. Ich bitte daher meine Kundschaft, mir das bisher bewiesene Wohlwollen

auch künftig zu bewahren. Hochachtungsvoll
Fritz Schönengel, Solingen-Dornsepen.

Hierauf wurde im lokalen Teil der „Bergischen Arbeiterstimme“ wie folgt erwidert:

„Herr Gärtnereibesitzer Fritz Schönengel wendet sich im „Kreisblatt“ und der Solinger Zeitung“ an die „aufgeklärten Arbeiter“, denen er weismachen will, daß in seinem Betriebe alles aufs beste bestellt und „seine“ Gehilfen mit den vorhandenen Arbeitsbedingungen voll auf zufrieden sind. Einem Brauereiarbeiter gegenüber äußerte sich Herr Schönengel vor einigen Tagen, daß die Organisierten nicht arbeiten und nur in die Versammlungen laufen wollten, wo „große Sprüche gekloppt würden“. Die Organisierten wollten es haben wie die Stadtgärtner; das ging aber in seinem Betriebe nicht. Woher Herr Schönengel wohl wissen mag, daß „die Organisierten nicht arbeiten wollen“, dürfte wohl nur sein Geheimnis sein. Diejenigen Gärtnereibesitzer, die organisierte Arbeiter beschäftigen, werden von diesen auch wohl der Bezahlung entsprechende Leistungen verlangen. Die aufgeklärten Arbeiter aber werden dem Herrn Schönengel was pfeifen!“

Einige Tage später erfuhren unsere leitenden Kollegen, Herr Ernst Gerlach beabsichtige, sich mit der Organisation zu verständigen. Nach einer längeren Unterredung gab Herr Gärtnereibesitzer Gerlach dann namensunterschriftlich folgende Erklärung ab:

„Der Unterzeichnete erkennt hierdurch den Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein als Organisation der Gärtnereiarbeiter an und verpflichtet sich, den Arbeitsnachweis des A. D. G. V. zu benutzen.

Unterzeichnet: Solingen, den 20. Dezbr. 1909.“

Das eingangs angeführte Inserat ist später wiederholt worden, mit Weglassung der bewilligten Firma und dem Zusatz: „Anerkannt hat die Forderungen: Ernst Gerlach, Solingen, Eichenstraße.“

Unsre Mitglieder ersehen aus dem Vorgang, daß man, wenn und wo es angebracht, auch im Dezember Erfolge erzielen kann.

Die „Deutsche Gartenbaugesellschaft“ gegründet.

In Nr. 51 des vorigen Jahrganges unsrer Zeitung haben wir über eine Vertreterversammlung von Gartenbau- und verwandten Vereinen berichtet, die am 28. November v. Js. in Berlin tagte. Der am Schlusse dieser Versammlung gebildete Ausschuß, in der Stärke von 30 Mann, die ebensoviele Vereine repräsentierten, trat am 13. Dezember zur Beratung zusammen; doch nahmen daran nur 15 Mann teil, während die übrigen 15 wegen Verhinderung sich entschuldigt hatten. Die Aussprache führte zu keinem befriedigenden Ergebnis. Deshalb gab am Schlusse dieser Besprechung der Vorstand des „Vereins zur Beförderung des Gartenbaues in den preußischen Staaten“ die Erklärung ab, er werde nun seinerseits ohne Verzug zur Tat schreiten und veranlassen, daß der „Verein zur Beförderung etc.“ sich selbst zu dieser von ihm angestrebten Deutschen Gartenbaugesellschaft umwandle und dann die Agitation in die Hand nehme. Diese Umwandlung ist am 7. Januar ds. Js. nun perfekt geworden. Es wurde in der an diesem Tage stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung einstimmig beschlossen: Der bisherige, seit 1822 bestehende Name wird aufgegeben und dafür der Name „Deutsche Gartenbaugesellschaft“ (abgekürzt: D. G. G.) angenommen. Gleichzeitig wurde ein neues Statut mit einem neuen Programm beschlossen.

Die somit ins „Leben“ getretene „Deutsche Gartenbaugesellschaft“ schließt von ihren Bestrebungen alle wirtschaftspolitischen Angelegenheiten aus; sie soll vielmehr eine Pflegstätte für die gesamten fachwissenschaftlichen Arbeiten des Gartenbaues sein, und soll diesem Zwecke in erster Linie eine großzügig gedachte Zeitschrift dienen. Die D. G. G. soll ferner die Regelung des gesamten gärtnerischen Unterrichts- und Bildungswesens anbahnen und in einer alle Zweige erschöpfenden Fachbibliothek die gesamte gärtnerisch-botanische Literatur den Mitgliedern zugänglich machen. Sie soll mit Nachdruck dahin wirken, daß die Wissenschaft, insonderheit die Botanik und Naturkunde, in gärtnerischen Kreisen mehr als bisher die rechte Würdigung findet und nicht bloß der Pflanzenpathologie als bevorzugter Hausarzt des Gärtners sein heilsames Amt ausübt. Und was in den botanischen Gärten und Museen an- und aufgesammelt und systematisch bearbeitet wird, soll

dem Gartenbau und jedem einzelnen, der ihm in irgend einer Form huldigt, zugute kommen. Demgemäß will die D. G. G. „den Zusammenschluß aller Gartenfreunde und Liebhaber, aller praktischen Gärtner, der Männer der Wissenschaft, Gartenkunst und verwandter Gebiete herbeiführen“.

Programm und Ziel sind gut. Wir wünschen den Bestrebungen Erfolg!

Die Tarifverhandlungen in Hamburg gescheitert.

Vonseiten der Arbeitgeber in der Hamburger Landschaftsgärtnerei wurden im Sommer 1909 Verhandlungen angebahnt, zwecks Abschluß eines Tarifvertrages in der Landschaftsgärtnerei auf längere Jahre. Näheres hierüber siehe in Nr. 32, Seite 253, Jahrgang 1909 unsrer Zeitung. Die ersten Verhandlungen fanden statt zwischen den Vertretern der beruflichen Arbeitgeberorganisation einerseits und der Arbeitnehmerorganisation andererseits, während die nächsten beiden Verhandlungen unter Leitung des „Arbeitgeber-Verbandes von Hamburg-Altona“ geführt wurden.

Nachdem drei Verhandlungen stattgefunden hatten, wurde von dem Arbeitgeber-Verband ein Tarifvertrag vorgelegt. Dieser zeigte aber soviel Mängel und Unklarheiten, daß unsre Hamburger Mitglieder und auch der Hauptvorstand denselben nicht annehmen, sondern eine Reihe Abänderungsanträge stellten, die vor allen Dingen eine klare Präzisierung bezweckten. Nach Zustellung dieser an den Arbeitgeber-Verband wurde von diesem erklärt, daß weitere Zugeständnisse auf keinen Fall gemacht werden könnten, auch eine bessere Präzisierung nicht nötig sei. Sie verlangten bis 10. Januar endgültigen Bescheid. Von unsrer Seite wurden dann mündliche Verhandlungen verlangt, weil auf schriftlichem Wege unmöglich eine Verständigung erzielt werden könne.

Und die Antwort des Arbeitgeber-Verbandes? „Mündliche Verhandlungen sind zwecklos, weitere Änderungen gestehen wir unter keinen Umständen zu. Wir erwarten bis 10. Januar Bescheid und hoffen, daß die Arbeitnehmer dem zustimmen.“

Also: Friß Vogel oder stirb! Nachdem drei mündliche Verhandlungen stattgefunden haben (nach Erscheinen der Tarifvorlage keine mehr), verlangt man von uns Annahme eines Tarifvertrages auf 4 Jahre, der in einer ganzen Reihe von Punkten bedeutende Verschlechterungen gegen den jetzigen Zustand enthält. Daß so etwas nicht angenommen wurde, ist selbstverständlich. Der Vertragsentwurf wurde von unsrer Mitgliedschaft Hamburg einstimmig abgelehnt.

Wir schließen Tarife ab, um unsre Lage zu verbessern, nicht bloß um Tarife abzuschließen. Die Hamburger Kollegen haben solange ohne Tarif gearbeitet und konnten, kraft ihrer guten Organisation, die geforderten Lohn- und Arbeitsbedingungen überall zur Durchführung bringen, und sie werden das ohne Zweifel auch weiterhin tun.

Eine genaue Darstellung der Tarifverhandlungen werden wir in nächster Nummer folgen lassen.

Der Reichshaushalt für das Etatsjahr 1910-11.

Der dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2660305450 Mark ab, das sind 6858991 Mark mehr als im laufenden Etat.

Fortlaufende Ausgaben:

Reichstag 1997755 Mark,
Reichskanzler und Reichskanzlei 314470 Mark (+ 50 Mark),
Auswärtiges Amt 18502788 Mark (+ 469735 Mark),
Reichsamt des Innern 82642272 Mark (+ 3280940 Mark),
Reichsheer 709237910 Mark (+ 13805401 Mark),
Reichsmilitärgericht 609585 Mark (— 13761 Mark),
Kaiserliche Marine 158071297 Mark (+ 11010274 Mark),
Reichsjustizverwaltung 2674865 Mark (+ 27587 Mark),
Reichsschatzamt 230157012 Mark (+ 25244700 Mark),
Reichskolonialamt 2878666 Mark (+ 132022 Mark),
Reichseisenbahnamt 485645 Mark (— 2775 Mark),
Reichsschuld 215683457 Mark (+ 18893408 Mark),
Rechnungshof 1300512 Mark (+ 15290 Mark),
Allgemeiner Pensionsfonds 118361736 Mark (+ 2596235 Mark),
Reichsinvalidenfonds 33671237 Mark (— 1554930 Mark),

Reichspost- und Telegraphenverwaltung 625173310 Mark (+ 1685932 Mark),
Reichsdruckerei 8543745 Mark (+ 434620 Mark),
und die Reichseisenbahn 101440810 Mark (— 507440 Mark),

Einmalige Ausgabe:

Auswärtiges Amt 856000 Mark (321498 Mark),
Reichsamt des Innern 1758221 Mark (— 1324026 Mark),
Reichspost- und Telegraphenverwaltung 15854667 Mark (— 44958003 Mark),
Reichsdruckerei 277084 Mark (+ 126670 Mark),
Reichsheer 75721384 Mark (— 41914321 Mark),
Reichsmilitärgericht 630700 Mark (— 256640 Mark),
Kaiserliche Marine 171747874 Mark (+ 13796820 Mark),
Reichsschatzamt 21397212 Mark (— 5261497 Mark),
Reichskolonialamt 22628213 Mark (— 2556966 Mark),
Reichsschuld 5775000 Mark (+ 5775000 Mark),
Reichseisenbahnen 4905470 Mark (— 671900 Mark),
Beamtenbeihilfen, einmalige für 1908: 27006463 Mark.

Einnahmen:

Zölle, Steuern, Gebühren und Abfindungen 1441620000 Mark
Reichspost- und Telegraphenverwaltung 693008325 „
Reichsdruckerei 13376000 „
Reichseisenbahnen 122319000 „
Bankwesen 16482000 „
Verwaltungseinnahmen 71606482 „
Reichsinvalidenfonds 33998997 „
Ausgleichungsbeiträge 39382606 „
Matrikularbeiträge 228512000 „
Außerordentliche Ausgaben:
Reichsamt des Innern 23000000 Mark
Reichsheer 22499100 „
Marine 113321469 „
Reichspost- und Telegraphenverwaltung 25000000 „
Reichseisenbahnen 7498700 „

Außerordentliche Einnahmen:
Im einzelnen, nicht spezifiziert 39063341 Mark

Anleihen:
152255928 Mark.

Rundschau.

Berlin, den 11. Januar 1910.

„Wie alles in der Welt vorwärtsschreitet, zeitgemäß umgestaltet oder doch wenigstens verbessert wird, so sind diesem Gesetze folgend ebenfalls die heutigen Druckerzeugnisse von denen früherer Zeiten grundverschieden“, schreibt die „Lederarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 1 vom 7. Januar. Und sie berichtet weiter: „Gemäß eines Beschlusses, den Zentralvorstand, Verbandsausschuß und Preßkommission gemeinsam und einstimmig faßten, kommt für unsre Zeitung von jetzt ab besseres Papier zur Verwendung.“ Wir registrieren diesen Fortschritt in Erinnerung daran, daß die Delegierten einer sonst mit an der ersten Stelle stehenden Ortsverwaltung des A. D. G. V. auf der letzten Generalversammlung des A. D. G. V. sich dafür ins Zeug legten, das Papier unsrer Zeitung zu verschlechtern...

Warnung vor einer Geldsammlung des Soltauer Gewerkschaftskartells. Das genannte Kartell veranstaltet eine Sammlung zwecks Aufbringung zum Bau eines eignen Lokales; es verwendet Marken („Bausteine“) mit dem Ersuchen, diese an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter abzusetzen und den Erlös einzusenden.

Von verschiedenen Gewerkschaftskartellen und Zahlstellen der gewerkschaftlichen Zentralverbände ist wegen des von dem Gewerkschaftskartell in Soltau beliebten Verfahrens bei der Generalkommission Beschwerde geführt worden. Die Generalkommission hat, wie in früheren, gleichartigen Fällen, das Gewerkschaftskartell in Soltau darauf hingewiesen, daß solche Sammlungen verfehlt seien, die versandten Materialien zurückzuziehen. Das Kartell weigert sich, dem Ersuchen der Generalkommission stattzugeben.

Die Generalkommission hat mehrfach, zuletzt in ihrem Bericht für das Jahr 1908 („Corresp.-Bl.“ Nr. 15 vom 10. April 1909), gegen derartige Sammlungen Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß, so dringend notwendig es oft ist, an einem Orte ein Versammlungslokal zu beschaffen, allgemeine Sammlungen in ganz Deutschland nicht geeignet sind, diese Wünsche und Bedürfnisse zu befriedigen. Auf die diesbezüglichen Ausführungen in Nr. 15 des „Corresp.-Bl.“ wird verwiesen. Aus

diesen Gründen warnt die Generalkommission, Sammlungen zu solchen Zwecken zu unterstützen. —

Über angeblichen „Mißbrauch“ von Gewerkschaftsversammlungen zertet das Blatt der Stöckerlinge, „Das Reich“. Es zieht neuerdings einen Bericht herbei, in dem aus einer Versammlung des Transportarbeiterverbandes u. a. folgendes berichtet wird:

„Genosse Gebert machte noch auf die Unsitte aufmerksam, die auch bei vielen Arbeitern noch anzutreffen ist, den Kindern zu Weihnachten Helm, Säbel und dergleichen Soldatenspielzeug zu schenken, wodurch die Kinder schon in frühesten Jugend für den Militarismus begeistert werden, anstatt ihnen die Schädlichkeit und Verwerflichkeit desselben klarzumachen.“

Solch einen Hinweis findet das frumbe „Reich“ unerhört. Dasselbe „Reich“, das da vorgibt, für die Ideale des Jesus von Nazareth zu kämpfen, dem der ganze Militarismus ein Greuel war. Das Geschäfts-Christentum muß allerdings dem Büttel Staat seine Reverenz zollen und sich in den Dienst der Reichen und Mächtigen stellen, für deren Interessen der Militarismus gepflegt wird. Dafür wird es dann wieder von dorthin geschützt. Wir für unsern Teil haben den Wunsch, daß alle Gewerkschaftsorgane alle Gelegenheiten wahrnehmen möchten, die Schädlichkeit und Verwerflichkeit des militaristischen Systems zu kennzeichnen und die Jugend dagegen mobil zu machen. Das Weihnachtsfest war in der Tat geeignet, darauf zu verweisen, daß man sich der Unsitte entwöhnen soll, Kindern Soldatenspielzeuge zu schenken. Durch das „Reich“ darauf aufmerksam geworden, werden nun auch wir nächstes Weihnachten beizeiten unsern Lesern die Unsitte zu Gemüte führen.

Ein Hereinfall der Christlichen in Barmen. Bei den Wahlen der Arbeitnehmervertreter zur Allgemeinen Ortskrankenkasse in Barmen ist die Liste der freien Gewerkschaften mit 4798 Stimmen gegen die Liste der christlichen Gewerkschaften mit 899 Stimmen gewählt worden. Besonders stark war diesmal die Beteiligung der weiblichen Mitglieder. Gegen das Vorjahr haben die freien Gewerkschaften einem Stimmenzuwachs von 105, die christlichen eine Abnahme von 141 Stimmen zu verzeichnen.

Mitgliederzahlen der Gewerkschaften vom Jahre 1909. Das Correspondenzblatt der Generalkommission kann in seiner neuesten Nummer einen Überblick über die zu erwartenden Mitgliederzahlen der freien Verbände für das Jahr 1909 geben. Wir lesen daselbst: „Nach den vergleichenden Ziffern von 38 Gewerkschaften vom Schlusse des 3. Quartals 1909, die insgesamt 141823 Mitglieder zählen, ist der Rückgang auf gewerkschaftlichem Gebiete im wesentlichen als überwunden zu betrachten. Diese Gewerkschaften zählten Ende September 1908 1409051 Mitglieder. Der Vergleich dieser Zahlen ergibt eine Zunahme von 9032. Von 3 weiteren Verbänden liegen noch vergleichbare Ziffern vom Ende des 2. Quartals vor; hier wurden Ende Juni 1908 65493, dagegen Ende Juni 1909 67151 Mitglieder gezählt, was einer Zunahme von 1658 entspricht. Insgesamt 41 Verbände haben danach binnen Jahresfrist um 10890 Mitglieder zugenommen. Da diese Verbände 1908 (3. Quartal) 80,6 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder repräsentieren, so können wir für die gesamten Gewerkschaften für das Jahr 1909 mit einem Zuwachs von etwa 13500 Mitgliedern rechnen. Es ist indes zu hoffen, daß die Gewerkschaften, deren Abrechnungen ausstehen, günstigere Ergebnisse mitteilen können, sowie ferner, daß die Zunahme vom Jahresschluß 1908 bis zum Jahresschluß 1909 die aufsteigende Entwicklung noch schärfer hervortreten läßt.“

Ist dieser Zuwachs vorerst auch noch gering, so bildet er doch ein untrügliches Zeichen dafür, daß es wieder vorwärts geht. Dies geht auch aus der Tatsache hervor, daß es nicht bloß einzelne Gewerkschaften sind, die an dem Aufschwunge teilnehmen, sondern die Mehrzahl; von den 41 Verbänden, deren Angaben wir verwerten konnten, weisen 25 eine Zunahme und nur 16 eine Abnahme an Mitgliedern auf. Wir sind also über den toten Punkt hinweggelangt, und nun werden sich mit dem neuen Regen aller Kräfte auch unsre Reihen wie früher füllen, und eine neue Periode gewerkschaftlicher Erfolge wird ihren Einzug halten.“

Boykott gegen die amerikanische Butterick-Compagnie. Kürzlich durchlief die Partei- und Gewerkschaftspresse eine Notiz, die zum Boykott der Erzeugnisse der Butterick-Comp.-Modejournale usw. aufforderte. Um nun diesen Boykott in Frankreich, wo diese Firma ihr Haupt-

absatzgebiet hat, recht wirksam zu machen, hat der amerikanische Buchdruckerverband einen besonderen Delegierten, E. M. Martin, nach Frankreich entsandt. Der Kampf gegen diese Firma soll immer schärfer geführt werden, bis sie die gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihr nach Tausenden zählendes Personal bewilligt.

Korrespondenzen.

Coswig i. Sa. Wohnungsverhältnisse in der Firma Ernst Risse, Coswig i. Sa. Ein Prachtexemplar von Gehilfenwohnung befindet sich bei Ernst Risse in Coswig i. Sa. Vor Betreten derselben gelangt man in einen Flur, in dem das Pferdegeschirr und der Futterkasten untergebracht sind, und wo dem Eintretenden der liebliche Duft aus dem Pferdestall entgegenströmt. Links der Pferdestall, rechts der Eingang zur Gehilfenwohnung, vor dem Gebäude der Düngerhaufen.

Die Wohnung sah sehr schwarz aus, so, als ob seit ihrer baulichen Herstellung ein Anstreicher nicht wieder hineingekommen sei. An Mobiliar war für 5 Gehilfen vorhanden: 1 von Herrn R. abgesetztes Sofa, 1 Tisch, 1 alter Kleiderschrank, 5 Holzschemel, 5 Waschsüsseln und noch verschiedene alte Kleinigkeiten.

Eine Treppe höher befindet sich das Schlafgemach, in dem 4 Betten direkt nebeneinander stehen. Es wunderte mich, daß auch ich da nicht noch mit einquartiert wurde; aber Herr R. ließ für mich eine Kammer über dem Pferdestall räumen. Da nun die Luft schwer erträglich war, so schlug ein Kollege seine Ruhestätte in dem zweiten Gemach mit auf; aber an ein Schlafen war hier nicht zu denken, denn das Gerassel der Pferde mit den Ketten und einige rote Tierchen verhinderten das.

Als ich am andern Morgen die Kollegen fragte, wie sie geschlafen haben, erhielt ich die Antwort: „Gut.“ Jedenfalls waren sie die Nachbarschaft schon gewöhnt.

Mit des Geschickes Mächten, war kein ew'ger Bund zu flechten. Einer von den Auch-Kollegen hatte meine Äußerung der gebietenden Macht unterbreitet, und dadurch erfolgte gegen Mittag des zweiten Tages meiner Anwesenheit ein Zusammenstoß zwischen dem Prinzipal und dem frechen Gehilfen. Herr R. war wütend. Sofort erhielt ich meine Papiere und mußte die Gärtnerei verlassen. Zu seinen treuen Knechten sprach Herr R.: „Nehmt einen Knüttel und schlagt den Schweinehund hinaus!“ Soweit ließ ich es aber nicht kommen; ich beileite mich vielmehr, dieser Bruchbude den Rücken zu kehren.

Die Arbeitszeit war von 5 Uhr morgens bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr abends. Bemerkte sei noch, daß während der Mittagspause die Söhne des Chefs mit schmutzigem Schuhwerk sich in den Betten der Gehilfen ausruhten.

Ich glaube, daß Herr R. auch Mitglied des Handlungsgärtner-Verbandes ist; denn als die Dresdner Versandgeschäfte ihre Ware um 20 Proz. erhöhten, war der Name Ernst Risse mit unterzeichnet. Zur Verbesserung der Gehilfenlage scheint von der Preiserhöhung aber nichts übrig zu bleiben.

A.—Reichel.

Stuttgart. Ein recht „anständiger“ Unternehmer ist der Gärtnereibesitzer Gottlieb Kipple, Forststr. 194. Am 1. Januar wirft er seinen Gehilfen, der gegen einen Wochenlohn von 8 Mk. bei ihm beschäftigt war, und dem er dauernde Arbeit versprochen hatte, auf die Straße. Die Auszahlung des letzten Lohnes tut ihm, scheint's, besonders wehe; er besinnt sich, ob er's nicht billiger haben kann. Da fällt ihm ein, daß er für Juli und August kein Krankengeld abgezogen hat; flugs wird die Hälfte einbehalten, und der Gehilfe liegt auf dem Pflaster mit 4 Mk. in der Tasche. Auf Veranlassung der Organisationsleitung beanspruchte letzterer andern Tags das zu viel abgezogene Geld. Da kam er aber schon an. Herr Kipple hatte nur Kraftausdrücke übrig; er nannte denjenigen, der seinen Gehilfen auf die ihm widerfahrene Übervorteilung aufmerksam machte, einen „Schlamper, der sonst nichts zu schaffen habe“.

Ich bin weit davon entfernt, Herrn Kipple deshalb, weil er eine ungesetzliche Handlung beging, einen Schlamper zu nennen; aber es wird angebracht sein, daß unsre Mitglieder Unternehmern gegenüber, vom Schlage dieses Herrn, recht vorsichtig sind.

Nachschrift der Redaktion. Der übervorteilte Kollege soll seinen Rechtsanspruch beim Stuttgarter Gewerbegericht geltend machen.

Allgem. Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N. 37, Metzger Straße 3. Fernsprecher: Amt 3, 5382.

Vorsitzender: Josef Busch.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort, Straße und Hausnummer.)

Bekanntmachungen.

— Sonntag, den 16. Januar, ist die 3. Beitragswoche fällig.

— V. Agitationsbezirk (Sitz Dresden). Nach erfolgter Umfrage bei den Vorständen der Zweigvereine hat sich gegen die Abhaltung einer Bezirkskonferenz kein Widerspruch erhoben. Wir berufen deshalb die nächste Konferenz des V. Bezirkes zu Sonntag, den 6. Februar 1910, vormittags 11 Uhr, nach dem „Volkshaus“ in Leipzig, Zeitzer Straße 32, ein. Die provisorische Tagesordnung lautet: 1. Geschäfts- und Tätigkeitsbericht. 2. Agitation in Handelsgärtnerei, Baumschulen und Landschaft. 3. Agitation in Privat- und Stadtgärtnerei. 4. Unser neues Beitrags- und Unterstützungswesen. 5. Lohnbewegungen. 6. Arbeitsnachweise. 7. Sonstige Anträge.

Als Referenten sind vorgesehen zu Punkt 1 und 5: Kollege Haucke, zu 2: Kollege Witte, zu 3: Kollege Ehrlich oder Scheithauer und zu 4: Kollege Busch-Berlin.

Wir ersuchen hiermit, in den nächsten Versammlungen der Zweigvereine zu der Konferenz Stellung zu nehmen und die Wahl der Delegierten zu vollziehen. Die Verhandlungszeit ist so eingerichtet, daß sämtliche Vertreter zur Rückreise die Abendzüge erreichen können. Die lokalen Vorbereitungen haben die Leipziger Kollegen übernommen.

Im Auftrag des Bezirksvorstandes: Haucke.

— Bremen. Ortsverwaltung. Mit der letzten Zeitung ist sämtlichen Mitgliedern das Material für die Gewerbegerichtsbeisitzerwahlen in Bremen durch die Bezirkskassierer zugestellt worden. Die Kollegen wollen sich aus den Flugblättern genau unterrichten. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, der das wahlfähige Alter (25 Jahre) erreicht hat, sein Wahlrecht auszuüben und den Kandidaten des Gewerkschaftskartells seine Stimme zu geben! Die Wahl findet nur alle sechs Jahre einmal statt.

Der Vorstand.

— Hamburg. Sektion der Landschaftsgärtner. In einer stark besuchten Versammlung am 10. Januar wurde der Bericht erstattet über den Abbruch der Tarifverhandlungen vonseiten der Arbeitgeber. Die Versammlung erklärte, unter keinen Umständen den Tarifentwurf der Unternehmer annehmen zu können (in Übereinstimmung mit dem Hauptvorstande).

Die Versammlung beschloß dann einstimmig, der III. Beitragsklasse beizutreten, den Beitrag also auf 55 Pfg. pro Woche zu erhöhen. — Das ist die beste Antwort, die die Hamburger Kollegen geben konnten!

— Leipzig. Ortsverwaltung. Unsr diesjährige Generalversammlung findet am 22. Januar, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Hotel Kratsch statt. Schrägüber vom Volkshause, Zeitzer Straße. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, pünktlich (mit Buch oder Karte versehen) zu erscheinen.

Der Vorstand. I. A.: A. Fischer.

— Solingen. Die Adresse des Kollegen Sandkühler ist jetzt: Solingen, Kurfürstenstr. 28, I.

Sterbetafel.

Am Sonntag, den 9. Januar, verschied unser treues Mitglied

Christian Nullmeyer

im Alter von 25 Jahren an Lungenentzündung.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung Bremen.

Inhalts-Übersicht zu No. 3.

Weibliche Gärtnerlehrlinge? — Die Opfer der Arbeit. — Allerlei Unwahrheiten des Herrn Schönberg vom Gemeindearbeiter-Verband. — Zur Rechtsunsicherheit des Kost- und Logiszwanges. — Glänzender Geschäftsgang der Baumschulunternehmer. — Was unsre Zweigvereine für die Bildung der Mitglieder leisten. — Ein Kampf um die Anerkennung der Organisation in Solingen. — Die „Deutsche Gartenbaugesellschaft“ gegründet. — Die Tarifverhandlungen in Hamburg gescheitert. — Der Reichshaushalt für das Etatsjahr 1910/1911. — Rundschau: Lederarbeiter-Zeitung besseres Papier; Warnung gegen eine Geldsammlung des Soltauer Kartells; Kein Soldatenspielzeug! Hereinfall der Christlichen in Barmen; Mitgliederzahlen der Gewerkschaften 1909; Boykott. — Korrespondenzen: Coswig i. Sa.; Stuttgart. — Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen. — Literarisches. — Feuilleton: Aus Californien; Aus Krankheit und Genesung; Rauhe Hände.

Literarisches.

Biblische Geschichten. Unter diesem Gesamttitel beginnt im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, soeben eine Broschürenserie zu erscheinen, die zum geschichtlichen Verständnis der Religion beitragen soll.

Entwicklung der Religion entscheidend beeinflusst haben, soll ungeschminkt auch von Trug und Eigennutz gesprochen werden, gleichviel ob Nachfolger solcher Priester sich heute dadurch beleidigt fühlen könnten oder nicht.

Die Rechtsprechung in Unfallrentenstreitsachen. Von Hermann Müller, Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis geb. 3 Mk.

der Unfallversicherung zu tun haben, besonders unsern Gewerkschaftsangehörigen und Arbeitersekretären, wird das Buch sehr gute Dienste leisten.

Anzeigen-Teil.

Die viermal gespaltene Petitzelle oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

Gehilfen,

die gelehrtete Lebensstellung und zeitgemäße, alle Zweige der Gärtnerei betreffende, gründliche (192A+)

Wissenschaftliche Fach-Ausbildung

erstreben, finden zum nächsten Kursus Aufnahme unter günstigen Bedingungen an der Thüringischen

Gärtner-Lehranstalt Köstritz

der stärkst besuchten höheren Fachschule für Gärtner.

I. Kursus für Gehilfen.

II. Kursus für Berechtigung z. 1jähr. freiwilligen Dienst.

III. Kursus f. Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner.

IV. Kursus f. Obstbautechniker.

Prospekt u. Auskunft kostenfrei durch Direktor Dr. H. Settegast.

Chiffre-Briefe befördert die Expedition nur weiter, wenn die Einsender das Frankatur-Porto beifügen. Die Expedition.

Ausgeklagte Forderung

über 3500 Mark (1266/52/3 an Herrn Ed. Chrestenzen aus Erfurt, wohnhaft Leipzig, Frankfurterstr. 5, II, verbürgt von dessen Ehefrau Martha geb. Ulrich billig zu verkaufen.

William Städter, Chemische Fabrik, Leipzig-Böhlitz-Ehrenberg.

Umsonst erhält bei Bestellung Jeder

1 Fl. feinst. französ. Parfüm. Prospekt und Preisliste gratis u. franko. Ernst Kelle cosm. Praep. Leipzig. (1283/6)

Friedrich Fischer,

Berlin S.O. 16, Bethanien-Ufer 8.

Bureau u. Lager in Schreibmaschinen Vervielfältigungsapparaten nebst deren Zubehör, Kontor- u. Schreib-Utensilien, Schnellheftern, Zeitungsmappen (Selbstbinder), Kuverts mit u. ohne Druck in allen Größen, Kopier-Einrichtungen, Heftmaschinen, Briefwagen, Geschäftsbüchern, Bureauöbeln etc. Lieferant der Hauptgeschäftsstelle d. A. D. G.-V. u. fast sämtl. Gewerkschaften, Krankenkassen usw. (912)

Gärtnereiverkauf oder Pacht

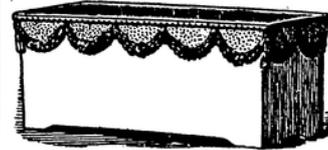
in großer Garnisonstadt, 3 Treibhäuser mit Dampfheizung, schönes Wohnhaus und großem Garten, am Fluß gelegen, Bassins und Leitung im ganzen Garten, sofort billig zu haben. (1284/4) Loesekraut Dt. Eylau.

Steckzwiebelchen

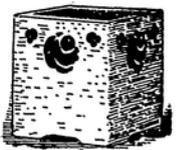
kleine, hellgelbe, beste Sorte, à Zentner 21 Mark.

Ia. Knoblauch, silberweiß in Büscheln, à Ctr. 19 Mark, versendet (1282/6) Josef Lechner, Herxheim (Pfalz).

Eine kleinere Gärtnerei in guter Lage ist zu verpachten. Auskunft erteilt Friedrich Gläbel, Kahla (Thür.), Hospitalstr. 13. (1280/4)



Chamottetöpfe für Anpflanzungen Blumentöpfe rund und eckig Fenster- u. Balkonkasten Ziertöpfe u. Palmkübel



in reichhaltigen Formen und verschiedenen Größen aus porösem Chamottescherben und la Steingut fein dekoriert liefert sehr preiswert in anerkannt guter Qualität die

Steingutfabrik Grünstadt A. G., Grünstadt i. Pfalz.

Auswahlsendung gerne zu Diensten



S. Kunde & Sohn Dresden

(Obiges Zeichen schützt vor Nachahmungen)

Dresdener Werkstätten für leistungsfähigstes Schneide- und Handwerkszeug für Gärtner und Baumzüchter.

S. KUNDE & SOHN

Dresden-A. 38 Kipsdorfer Str. 106. (Gegr. 1787.)



Preisverzeichnis steht stets unentgeltlich und portofrei zu Diensten. Verlangen Sie kostenlos auch unsre Schrift „An die Verbraucher von Schneidewerkzeug“, nebst Ratschlägen und Anleitungen zum richtigen Gebrauch feiner Schneiden.

Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

Verkehrslöke für Gärtner.

(In dieser Rubrik kostet ein zweizeiliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (vorausbezahlen). Dafür erhalten die Inserenten regelmäßig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.)

Barmen, Rest. zur Reichspost von Robert Kämpfer, Unterbarmen, Alleestr. 42. Lok. d. Ortsv. Barmen-Eiberfeld. Versammlung jeden 2. Samstag im Monat. Stellennachweis, Unterstützung und Büro: Albertstr. 49. I. (1022)

Dresden-A., Ritzbergstr. 2 und Marxstr. 13, „Dresdener Volkshaus“, Verh. u. u. Herberge. Dortmund, Ostwall 17, „Zum Bienenhaus“, Inh. Menteler, Verh. u. u. Herberge u. Stellennachw. Vslg. Samstag nach dem 1. und 15. (1030)

Hamburg-Hoheluft, M. Lewerenz, Wrangelstr. 64, Verkehrslokal der Gärtner Hoheluft, Versammlung 2. u. 4. Dienstag im Monat. Hannover, Halber's Gasthaus, Bockstr. 11. Koll. sind jeden Tag zu treffen. (1039)

litzer Gewerkschaftshaus, Schloß-Straße 117, Vslg. Donnerstag nach 1. u. 15. (1048) Nieder-Schönhausen, Restaur. Ludwig, Kaiser Wilhelmstraße 5, Vereinslokal. (1044)